

Die Türkei vor den Neuwahlen am 1. November 2015

DÉJÀ-VU-ERGEBNIS ODER ERNEUTE AKP-ALLEINREGIERUNG?

Kommenden Sonntag wird in der Türkei wieder einmal gewählt. Am 7. Juni hatte die AKP die absolute Mehrheit verloren, blieb mit 41 Prozent aber die mit Abstand stärkste Partei. Nach wochenlangen und gescheiterten Koalitionsverhandlungen wurden für den 1. November Neuwahlen anberaumt. Diese erfolgen vor der Kulisse einer extremen Polarisierung und zunehmenden Verunsicherung, zu der alle Parteien gleichermaßen beigetragen haben.

Ausgangslage

Allgemein ist die politische Atmosphäre sehr aufgeheizt und angespannt, nicht erst seit diesem Wahlkampf. Das Land befindet sich praktisch seit 20 Monaten in einem permanenten Wahlkampfmodus mit je einer Kommunal- und Präsidentenwahl und zwei Parlamentswahlen. Die Polarisierung hat sich seit dem letzten Urnengang am 7. Juni weiter zugespitzt. Praktisch zwei Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber: die Befürworter und Gegner von Staatspräsident Erdogan.

Die Gesellschaft ist tief gespalten und die überwiegende Mehrheit der Menschen nimmt dies auch so wahr - sei es bezogen auf den Umgang der Regierung mit den Medien, der Lösung der Kurdenfrage, der Syrienpolitik oder hinsichtlich des Managements der syrischen Flüchtlingskrise und vieler anderer Bereiche. Auch hinsichtlich der Frage, ob die Neuwahlen gut oder schlecht für die Türkei sind, halten sich die positiven und negativen Einstellungen in etwa die Waage.

Verlauf des Wahlkampfs

Der aktuelle Wahlkampf selber verlief allerdings vergleichsweise weniger spektakulär - eher stumpf und langweilig. Die Bevölkerung zeigte Ermüdungserscheinungen ob der vielen Wahlen der letzten zwei Jahre. Die üblichen omnipräsenten Fähnchenwälzer der Parteien, die sonst überall das Straßenschild prägen, fehlten dieses Mal komplett und auch die lärmenden Wahlkampfbusse fuhren seltener durch die Straßen. Es gab weniger Großkundgebungen und auch Präsident Erdogan hielt sich mit Wahlkampfauftritten zurück.

Die Positionen der Parteien sind ohnehin bekannt. Es hat nur kosmetische Korrekturen bei den Wahlmanifesten gegeben, keine neuen Visionen wurden dem Wahlvolk präsentiert. Die Parteien haben allerdings mehrere populistische Wahlversprechungen verlautbart und konzentrierten sich auf die Bekämpfung des Terrors, da die angespannte Sicherheitslage und Anschläge zunehmend als das größte Problem innerhalb der Wählerschaft perzipiert werden. Da viele Wähler auch mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und ihrer persönlichen Lage rechnen, haben die Parteien die Sicherung wirtschaftlicher Stabilität, u.a. Lohnsteigerungen, Subventionen oder auch freie Kohlerationen in ihre Programme aufgenommen.

Die neue Annäherung zwischen der Türkei und der EU wie auch der Besuch der Bundeskanzlerin zwei Wochen vor der Wahl hat im Wahlkampf offenbar keine große Rolle gespielt. Auch sind außenpolitische Themen nicht relevant für die Wählerpräferenzen,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP

Oktober 2015

www.kas.de/tuerkei

ebenso wenig wie Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung oder politische Transparenz.

Insgesamt wird mit einem regulären Verlauf auch dieser Wahlen gerechnet. Kein außergewöhnlicher Wahlbetrug oder Unregelmäßigkeiten werden erwartet. Auch bei der Wahl am 1. Juni, bei der die AKP fast neun Prozent der Stimmen verlor, hatte sie das Ergebnis akzeptiert und nicht etwa Wahlfälschung geltend gemacht. Ein Indiz hierfür ist auch, dass zwar wieder eine Wahlbeobachtermission der OSZE anwesend ist. Allerdings wird diese nur eine begrenzte Zahl von Wahlstationen besuchen und es ist keine systematische Beobachtung des Wahlvorgangs, der Auszählung der Wahlzettel oder Tabellierung der Ergebnisse vorgesehen.

Wahlentscheidend dürfte nicht zuletzt die Höhe der Wahlbeteiligung sein. Lag sie noch bei 85% im Juni, ist nicht sicher, wie hoch sie am kommenden Sonntag sein wird. Der Zeitpunkt der Wahl wurde strategisch günstig gewählt: am Donnerstag vor der Wahl war Nationalfeiertag und die Regierung hat den darauffolgenden Freitag wie auch den Montag nach der Wahl schulfrei gegeben. Viele Bürger könnten dieses „verlängerte Wochenende“ für Reisen und Besuche in der Provinz genutzt haben und der Wahl fernbleiben, wie Kritiker monieren. Eine hohe Wahlbeteiligung kommt in der Regel der AKP zugute.

Prognosen

Der Wahlausgang am kommenden Sonntag ist die Preisfrage, die auch drei Tage vor der Wahl noch keiner beantworten will und kann. Selbst die diversen Umfrageinstitute warten (wie üblich) mit den unterschiedlichsten Prognosen auf und präsentieren - je nach Auftraggeber – recht unterschiedliche Vorhersagen. Diese Prognosen gelten ohnehin als nicht sehr verlässlich und aufschlussreich. Jede Voraussage bleibt zu dem jetzigen Zeitpunkt notgedrungen noch rein spekulativ. Allerdings lassen sich einige generelle Trends ablesen:

Eine deutliche Mehrheit der Wähler befürwortet die Umwandlung der Türkei in ein Präsidialsystem nicht. Etwa die Hälfte sprechen sich zudem gegen die aktive Einmischung von Präsident Erdogan in die Tagespolitik aus. Allerdings erwarten etwas weniger als die Hälfte der Befragten wieder eine Alleinregierung der AKP.

Viele Umfragen gehen von einem ähnlichen Ergebnis wie bei der Wahl im Juni aus. Demnach werden wieder vier Parteien ins Parlament einziehen. Sie sehen die AKP zwischen 40 und 42 %. Darüber hinaus werden keine großen Wählerwanderungen erwartet. Die Fronten bleiben stabil. Die pro-kurdische HDP dürfte die Zehnprozenthürde abermals überspringen, aber Leihstimmen zurück an die AKP und CHP verlieren. AKP dürfte von Absetzbewegungen von enttäuschten MHP-Wählern profitieren.

Inwieweit die verheerenden Selbstmordschläge von Ankara eine Rolle spielen werden, bleibt ein großes Fragezeichen. Die meisten Umfragen blenden diesen Aspekt aus. Ob das Wahlverhalten durch den tödlichsten Anschlag in der türkischen Geschichte beeinflusst werden wird, ist derzeit unabsehbar. Ihren Wahlkampf hatten die Parteien nach den Anschlägen zeitweise ausgesetzt. Auch die seit Mitte Juli wieder aufgenommenen Terroranschläge der verbotenen kurdischen Terrororganisation PKK und Angriffe der Regierungstruppen auf PKK-Stellungen und –Munitionsdepots inner- und außerhalb der Türkei dürfte das Wahlverhalten beeinflussen. Beide Seiten hatten den Verhandlungsprozess zwischen Regierung und PKK fast simultan für beendet erklärt. Ein Teil der Wähler dürfte das kleinere Übel in der AKP sehen, die dem Land immerhin 13 Jahre lang Stabilität und Prosperität beschert hat und immerhin den Lösungsprozess mit den Kurden als erste Regierung überhaupt initiiert hatte. Die AKP-Gegner wiederum kritisieren die Regierung dafür, dass sie ein solches Attentat nicht verhindern konnte und geben ihr eine Mitschuld an diesem Versäumnis eines konsequenteren Vorgehens gegen den Islamischen Staat wie auch an der jüngsten Eskalation mit der PKK.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP

Oktober 2015

www.kas.de/tuerkei

Ausblick

Folgende Szenarien sind möglich:

– AKP gewinnt die Wahlen und erlangt die absolute Mehrheit wieder:

Um eine Alleinregierung zu bilden, benötigt die AKP 276 Stimmen. Bei der letzten Wahl fehlten ihr nur 18 Parlamentssitze (bei einem Parlament von 550 Sitzen). Diese Latte scheint nicht unerreichbar, da viele AKP-Kandidaten in nur wenigen Wahlbezirken in einigen Provinzen äußerst knapp verloren haben. Genau auf diese strategisch wichtigen Regionen hat sich die Partei jetzt konzentriert.

Für ein Referendum über die Einführung eines Präsidialsystems würden 330 Sitze benötigt und für eine entsprechende Verfassungsänderung 367 Sitze. Dies dürfte allerdings kaum zu erreichen sein.

Sollte die AKP eine Alleinregierung schaffen, dürfte der Druck auf die Gülen-nahen Einrichtungen und oppositionelle Gruppen noch zunehmen. Erst kürzlich hatte die Unterstellung der Gülen-nahen "Koza Ipek Holding" unter die Kontrolle staatlich ernannter Treuhänder für Aufsehen und Empörung gesorgt. Laut Presseberichten beschuldigt die ermittlungsleitende Oberstaatsanwaltschaft die Gruppe, im Verdacht zu stehen, zahlreichen illegalen Aktivitäten nachgegangen zu sein, u.a.: Unregelmäßigkeiten bei der Buchhaltung; Geldwäsche bzw. Veruntreuung von Firmen- und Spendengeldern; Propaganda gegen den Staat; Behinderung des laufenden Strafermittlungsverfahrens; Finanzierung des (jetzt offiziell als „terroristisch“ bezeichneten) Gülen-Netzwerks; Rekrutierung neuer Mitgliedern für das Gülen-Netzwerk.

– Das Wahlergebnis wiederholt sich bzw. ändert sich nur unwesentlich:

Nach dem Szenario eines im Vergleich zu den Juni-Wahlen praktisch unveränderten Wahlausganges zögen vier Parteien ins Parlament ein und es könnte nur eine Koalitionsregierung gebildet werden. Das wäre praktisch die gleiche Ausgangslage wie nach

der Juni-Wahl: erneute schwierige Verhandlungen wegen unüberbrückbarer ideologischer Grundpositionen stünden an. Die Frage nach der wahrscheinlichsten Koalitionsformel ist vorerst nicht abzuschätzen. In der momentanen Gemengelage kann diese Frage erst am Wahlabend beantwortet werden. Bei einem erneuten Sieg der AKP würde sich diese Frage ohnehin erübrigen.

Allerdings wird gemutmaßt, dass es bereits hinter den Kulissen Sondierungsgespräche gegeben hat, die auf mögliche Koalitionsgespräche zwischen der AKP und CHP hinweisen. Der Anteil der Abgeordneten, die eine solche Koalition befürworten, scheint in beiden Parteien anzusteigen. Andere Koalitionsformeln erscheinen aufgrund der permanenten Verweigerungshaltung der MHP bzw. ihres Vorsitzenden Bahceli ohnehin chancenlos. Auch eine AKP-HDP Koalition scheint völlig unrealistisch zu sein.

Koalitionen erwecken allerdings weiterhin unangenehme Erinnerungen in Politik und Bevölkerung. Es waren stets Koalitionsregierungen, die die Türkei in regelmäßigen Abständen an den Rand des Ruins gebracht haben. Nach den Juniwahlen waren die Oppositionsparteien nicht einmal in der Lage, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten für die Wahl des Parlamentspräsidenten zu einigen. Viele Wähler fragen sich, wie eine Koalition mit den derzeitigen verfeindeten Parteien und mangels einer Kultur des Kompromissfähigkeit und des Kompromisswillens ein Land wie die Türkei überhaupt regieren könnte.

Eine weitere Frage ist, ob der Staatspräsident dieses Mal gewillt wäre, einer Koalitionsregierung ohne weiteres sein Plazet zu geben. Jede Koalition birgt die Gefahr der Wiederaufnahme der Korruptionsdossiers durch die entsprechenden gemischten Parlamentskommissionen in sich.

Verschiedene AKP-Politiker haben vorsorglich bereits die Variante einer erneuten Neuwahl ins Gespräch gebracht. So verlautbarte beispielsweise Mehmet Ali Sahin, Mitgründer der AKP und früherer Vizepremier, dass es im Fall einer Neuauflage des Ergebnisses vom Juni eine dritte Wahl geben

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO TÜRKEI

DR. COLIN DÜRKOP

könnte. Eine solche Wahlwiederholung wäre allerdings angesichts der innen-, außen- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen ein absolutes Desaster für das Land.

Oktober 2015

www.kas.de/tuerkei